

## **Tätigkeitsbericht | Oktober 2013 bis Oktober 2014** **Thomas Birk, MdA**

|Sprecher Verwaltungsmodernisierung | Sprecher für Queerpolitik |

Mitglied in den Ausschüssen | Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit | Bildung, Jugend und Familie | Mitglied im Musikschulbeirat

Abgeordneter von Schöneberg Nord

## A) Verwaltungsmodernisierung / E-Government/ IT-Strategie

Die rot-schwarze Koalition hatte sich im Koalitionsvertrag weit rausgehängt: Sie wollte eine IT- und eGovernment-Strategie aus einem Guss entwickeln, die auf Standardisierung und Harmonisierung setzt, sie wollte bis 2016 die Hälfte der Verwaltung auf die elektronische Aktenführung (eAkte) umstellen. Dazu listete sie eine Vielzahl von Projekten im Rahmen von ServiceStadt Berlin auf. Ein eGovernment-Gesetz sollte schon seit letzten Jahr verabschiedet sein. Nichts von dem ist nach drei Jahren bisher erreicht oder auch nur im Ansatz auf den Weg gebracht. Das eAkte-Konzept war so dürftig, dass ich es in dieser Form ablehnen musste. Geld wurde dafür auch nicht bewilligt. Für das inzwischen reichlich zusammengedampfte Konzept (nun sollen es 2016 statt 34.000 nur noch 2.900 IT-Arbeitsplätze sein, die umgestellt werden sollen) ist nicht mal die Ausschreibung ansatzweise fertig. Fast alle Projekte von ServiceStadt Berlin sind sehr im Verzug, verkleinert oder ganz gescheitert. Die IT-Sicherheit ist mangels Standards und Zuständigkeiten extrem gefährdet, ebenso wie der Datenschutz. Das Versäumnis der rechtzeitigen Umstellung der IT-Arbeitsplätze nach Auslaufen des Supports für Windows XP spricht da Bände. Das eGovernment-Gesetz liegt seit einem Jahr im Senat zur Mitzeichnung.

Unsere Vision einer Verwaltungs-IT und eGovernment auf Basis einer Open-Source-Strategie und einem nachhaltigen Green-IT-Konzept, gesteuert durch eine oder einen Chief-Information-Officer unter verbindlicher Beteiligung eines Entscheidungs- und Steuerungsgremiums, unterstützt von einer oder einem unabhängigen Chief-Information-Security-Officer, wird zwar von vielen in der Fachwelt anerkannt, im Parlament verhallen alle diese Vorschläge.

### **Windows XP:**

Es war nur ein harmlose Frage in der aktuellen Viertelstunde des Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit am 27. Januar 2014: Ich wollte wissen, wie sich das Land Berlin auf das bevorstehende Supportende von Windows XP im April vorbereitet hatte. Die Antwort schlug ein wie eine Bombe, denn zu diesem Zeitpunkt arbeiteten noch Zweidrittel der Behörden mit Windows XP. Die anschließende Kleine Anfrage (s.u.) ergab, dass es tatsächlich im Februar noch 63 % der IT-Arbeitsplätze waren. Damit drohte ein erhebliches Sicherheitsproblem ab April. Für die Medien war dies auch überregional ein Grund mehr für Hohn und Spott nach dem Motto, Berlin kann weder Flughafen noch IT. Bis Mai 2015 ist nun ein Extra-Support mit Microsoft verabredet, den Microsoft sich teuer bezahlen lässt. Eine Anhörung im Ausschuss ergab, dass die Testung und Freigabe der IT-Fachverfahren für Windows 7 chaotisch abläuft, weil das praktisch jede Verwaltung ohne Abstimmung untereinander für sich macht. Das Windows XP-Problem beweist exemplarisch, dass Berlin eine Open Source Strategie, eine IT-Standardisierung und eine zentrale IT-Steuerung mit stärkerer Verbindlichkeit braucht (siehe auch IT-Sicherheit).

Kleine Anfrage vom 26.02.2014

### **Gefahr von Cybercrime durch Windows XP in der Berliner Verwaltung? (Drs. 17/13130)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_13130.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_13130.pdf)

Kleine Anfrage vom 02.04.2014

**Welche Konsequenzen zieht der Senat aus der desaströsen Vorbereitung der Verwaltung auf das Supportende von Windows XP? (Drs. 17/13410)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13410.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13410.pdf)

**IT-Sicherheit:**

Der Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, der Landesrechnungshof und die erschreckenden Daten der IT-Sicherheitsberichte bestätigen unsere These: Die Verwaltung hat ein erhebliches IT-Sicherheitsproblem, weil viele Behörden trotz mehrmaliger Mahnung bis heute kein mit der Leitung abgestimmtes und wirksames IT-Sicherheitskonzept haben. Nur ein Drittel der Behörden lassen ihre MitarbeiterInnen für IT-Sicherheit fortbilden. Dies führte schließlich zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, der inzwischen auch beschlossen wurde. Aber der Schlussbericht dazu ist schon wieder eine Frechheit. Die Senatsinnenverwaltung verweist nur mantra-artig auf die dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung. Als Konsequenz fordern wir in einem Antrag einen IT- Sicherheitsbeauftragten, einen oder eine sogenannte/n Chief Information Security Officer (CISO).

Antrag vom 13.03.2014

**Stärkung der IT-Sicherheit bei den Behörden des Landes Berlin (Drs. 17/1526)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_1526staerkungitsicherheit.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_1526staerkungitsicherheit.pdf)

Antrag vom 18.06.2014

**IT-Sicherheit durch den Chief Information Security Officer (CISO) institutionell verankern (Drs. 17/1719)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_1719ciso.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_1719ciso.pdf)

Kleine Anfrage vom 27.02.2014

**E-Mail Datenklau in Berlin (Drs. 17/133301)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13301.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13301.pdf)

**IT-Recycling:**

Schon zu Beginn 2013 hatte ich nach einer Reihe von Kleinen Anfragen zu dem Thema einen Antrag für ein **gemeinsames IT-Nachnutzungs- und IT-Recyclingkonzept für das Land Berlin** gestellt. [http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_0852it\\_recycling.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0852it_recycling.pdf)

Dieser wurde am 13. Oktober 2014 im Ausschuss für digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit behandelt und abgelehnt. Zuvor hatte ich zusammen mit meiner Kollegin Silke Gebel zur Unterstützung des Antrags die grünen Mitglieder aufgerufen, zur Landesdelegiertenkonferenz am 11. Oktober 2014 IT-Altgeräte mitzubringen, die zur Nachnutzung bzw. Recycling dem NABU und dem ReUse Computer e. V. übergeben wurden.

## **Datenschutz:**

Der Datenschutz kommt seit der Zusammenlegung des früheren Unterausschusses für Datenschutz und Informationsfreiheit und dem früheren Verwaltungsreformausschuss zum neuen Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit eindeutig zu kurz. Die Koalition möchte die Jahresberichte des Datenschutzbeauftragten immer so rasch wie möglich hinter sich bringen. Die meisten Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten werden von der Koalition nicht in Antragsform übernommen. So liegt es an uns als Opposition die Forderungen zu übernehmen und ins Parlament einzubringen. Eine der Forderungen ist, den Datenschutzbeauftragten per Gesetz frühzeitig in die Planung von neuen IT-Fachverfahren einzubeziehen. Desweiteren fordern wir wie er eine benutzerfreundliche und sichere E-Mail-Anwendung mit einer echten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Denn DE-Mail verfügt über diese Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nicht. Andere Lösungen sind aber noch zu teuer und unpraktikabel.

Berechtigte Bedenken gab es gegen die Probenutzung eines Gerätes, mit dem in Bürgerämtern und der Ausländerbehörde Ausweise von Migrant\*innen auf ihre Echtheit überprüft werden sollten, ohne dass die Betroffenen um Einwilligung gebeten wurden.

Antrag vom 15.01.2014

### **Frühzeitige Unterrichtung des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Drs. 17/1401)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_1401.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_1401.pdf)

Antrag vom 01.10.2014

### **Datenschutz: Förderung benutzerfreundlicher und sicherer E-Mail-Anwendungen im Land Berlin (Drs. 17/1861)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_1861.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_1861.pdf)

Kleine Anfrage vom 19.09.2013

### **VISOCORE® Verify - AusweisinhaberInnen unter Generalverdacht? (Drs. 17/12627)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_12672.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_12672.pdf)

## **Fragen zu einzelnen Behörden:**

Probleme mit dem Einsatz von IT-Fachverfahren gibt es aller Orten, so auch beim Personenstandsregister. Eine andere Behörde wird leider noch zu wenig genutzt: der „Einheitliche Ansprechpartner“, die europaweit vorgeschriebene Anlaufstelle für die Wirtschaft, ist immer noch zu unbekannt, weswegen ich seit der Einführung 2010 nach der Nutzung vor allem auch des elektronischen Angebots des Ansprechpartners frage. Immerhin ist es nach erheblichem Werbeinsatz ein bisschen besser geworden.

Die Bürgerämter können sich dagegen über zu wenig Nachfrage nicht beklagen, sehr im Gegenteil, sie sind chronisch überlastet, vor allem, weil die Bezirke hier weitere Stellen kürzen mussten, um die Senatsvorgabe der 20.000 Vollzeitäquivalente für alle Bezirke zu erfüllen. Diese Vorgabe steht im krassen Widerspruch zur wachsenden Stadt. Die Kund\*innen haben die Wahl zwischen vier bis sechs Wochen Wartezeit auf einen Termin oder stundenlanges Anstehen in einem der drei verbliebenen Bürgerämtern ohne Terminvergabe. Auch ein Grund der erneuten Nachfrage.

Schriftliche Anfrage vom 25.02.2014

**Welche Probleme gibt es beim elektronischen Berliner  
Personenstandsregister? (Drs. 17/13291)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13291.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13291.pdf)

Schriftliche Anfrage vom 14.03.2014

**Nutzen, Kosten und Serviceorientierung des Einheitlichen  
Ansprechpartners (EA) in 2013**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13411.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13411.pdf)

Schriftliche Anfrage vom 21.08.2014

**Bürgerämter – einst Vorzeigämter, jetzt ein Dauerärgernis? (Drs.  
17/14340)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_14340.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14340.pdf)

**Beihilfestelle:**

Seit dem 1.1.2013 ist die Praxisgebühr für Normalbürger\*innen abgeschafft. Beamtinnen und Beamte hatten so eine ähnliche Regelung, sie nannte sich „Eigenbehalt“ und betrug 12 Euro. Sie sollte ebenso rückwirkend zum 1.1.2013 abgeschafft werden. Es dauerte aber sage und schreibe bis Ende Juli 2014, bis das entsprechende Gesetz geändert wurde. Meines Erachtens war die Gesetzesänderung gar nicht nötig, eine Veränderung der ausführenden Verordnung hätte zunächst völlig gereicht. Die gleichzeitige rückwirkende Anhebung der sogenannten Kostendämpfungspauschale, um die Differenz der 2 Euro auszugleichen, die der Eigenbehalt ja über der Praxisgebühr lag, belastete durch die dadurch notwendig gewordenen, rückwirkenden Neuberechnungen der Beihilfen die Beihilfestelle erheblich. Grund genug, nachzufragen, wie sich die Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge in den letzten Jahren entwickelt hat.

Schriftliche Anfrage vom 17.03.2014

**Warum dauert die Abschaffung der Praxisgebühr für Beamtinnen  
und Beamten so lange? (Drs. 17/13415)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13415.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13415.pdf)

Schriftliche Anfrage vom 30.07.2014

**Regelmäßige Überlastung der Beihilfestelle – Was tut der Senat?  
(Drs. 17/14307)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_14307.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14307.pdf)

## B) Bildung

Im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie bin ich für meine Fraktion für die digitale Verwaltung der Schulen, für die Medienbildung und für die kulturelle Bildung zuständig. Bei anderen Themen, wie z. B. dem Thema Schulesen habe ich zusammen mit Stefanie Remlinger eng bei der Erarbeitung unseres Alternativkonzeptes zusammengearbeitet. Beim Thema Bildung und Jugend liegen mir aber auch die Themen sexuelle Vielfalt und Schutz gegen sexuellen Missbrauch besonders am Herzen. Hier arbeite ich mit den beiden Sprecherinnen Stefanie Remlinger (Bildung) und Marianne Burkert-Eulitz (Kinder- und Jugend) eng zusammen.

### **Digitale Verwaltung in Schulen:**

Seit fünf Jahren (ohne den planerischen Vorlauf!) bastelt die Verwaltung am Konzept und der Umsetzung einer sicheren und verlässlichen IT-Anbindung der Schulen an die Verwaltung und an der Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software, um ihre Schulorganisation technisch zu unterstützen (nicht zu verwechseln mit dem IT-Einsatz im Unterricht). Nachdem fünf Jahre das Konzept einer dezentralen Serverstruktur verfolgt wurde, für die auch schon 40 Mio. Euro verausgabt wurden, möchte die Senatsverwaltung mitten im Rollout nun auf eine zentrale Lösung mit einem virtualisierten zentralen Server umschwenken. Diese Lösung wäre zwar sicher mehr auf der Höhe der Zeit. Das Problem ist aber, dass die Schulen jetzt dringend eine Lösung bräuchten. Wird der Rollout weiterhin unterbrochen und eine zentrale Lösung erarbeitet, dauert dies sicher mindestens nochmal drei Jahre. Solange leben die Schulen in Verhältnissen, die aus organisatorischer, IT-sicherheits- und datenschutzrelevanter Sicht völlig untragbar sind. Entsprechende Nachfragen habe ich gestellt und eine entsprechende Stellungnahme habe ich versucht, im Ausschuss für digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit zu erwirken. Letztere wurde wenig überraschend abgelehnt.

Schriftliche Anfrage vom 26.02.2014

#### **Probleme bei eGovernment@School? (Drs. 17/13300)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13300.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13300.pdf)

Schriftliche Anfragen vom 29.08.2014

#### **eGovernment@school – ein Fass ohne Boden? I – V (Drs. 17/14461; 17/14462; 17/14463; 17/14464; 17/14465)**

[http://www.thomasbirk.de/im\\_parlament/anfragen/7910767.html](http://www.thomasbirk.de/im_parlament/anfragen/7910767.html)

Vorschlag für eine

#### **Beschlussempfehlung des Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit für eine Stellungnahme zur Roten Nummer 0820 H zu eGovernment@school**

<http://www.thomasbirk.de/show/8035903.html>

## **Medienbildung:**

Berlin will „Smart City“ und ein zweites „Silicon Valley“ sein, aber die rot-schwarze Koalition verschläft das Thema Medienbildung komplett. Mehrere Versuche, einen Runden Tisch zur Medienbildung herbeizuführen, scheiterten. Denn zu den Einladungen durch die verschiedenen Träger der Medienbildung waren von der Politik nur die Oppositionsparteien erschienen. Über Anfragen und Besprechungspunkte versuchen wir trotzdem dem Senat seine Defizite zu diesem Thema vor Augen zu halten, anbei drei Beispiele. In der zweiten Antwort zu „eXplorarium“ geht der Senat auch grundsätzlich auf die Nutzung und Planung zum eEducation Berlin Masterplan ein. Dazu ist eine noch nicht beantwortete weitere Anfrage im Geschäftsgang. Wir werden auch im nächsten Jahr dieses Thema mit Nachdruck behandeln.

Kleine Anfrage vom 18.11.2013

### **Rechtssicherer Umgang mit digitalen Bildungsangeboten im Netz (Drs. 17/12865)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_12865.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_12865.pdf)

Schriftliche Anfrage vom 12.03.2014

### **eXplorarium ohne Zukunft? (Drs. 17/13398)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13398.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13398.pdf)

Schriftliche Anfrage vom 07.10.2014

### **Wer betreut die IT an den Berliner Schulen? (Drs. 17/14686)**

<http://www.thomasbirk.de/show/8026267.html>

## **Musikschulen und Volkshochschulen:**

Seit 2009 liegt der Bericht der Kommission Berliner Musikschulen/Volkshochschulen vor, viele Proteste der Musikschullehrer\*innen, bei denen ich sprechen durfte, viel öffentlicher Druck über Medien, Protestmails und Hintergrundgespräche usw. haben bisher leider wenig bewirkt. Den vielen Honorarkräften der Musikschulen und Volkshochschulen geht es weiterhin schlecht, sie verdienen nicht mal halb soviel wie festangestellte Lehrer\*innen.

Die Musikschulverwaltungen brechen unter der neuen Honorarverordnung zusammen, zumal die für August 2013 versprochene Lauffähigkeit einer neuen Software MS-IT immer noch nicht gegeben ist. Zwar wurden durch den erheblichen Druck, nicht zuletzt eines gemeinsamen Antrags der Opposition für bessere Bedingungen, 2,5 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr für die Musikschulen erkämpft. Aber erst Mitte dieses Jahres erlaubte die Senatsfinanzverwaltung pro Bezirk eine Stelle pro Bezirk mit diesem Geld zu schaffen und diese auch nur befristet. Inwieweit diese Stellen ab 2016 erhalten bleiben dürfen, ohne auf das aufgezwungene Personalkürzungsvolumen angerechnet zu werden, ist offen. Unter diesen Voraussetzungen machen nur wenige Bezirke davon Gebrauch.

Alle diese Themen habe ich beständig kritisch und laut begleitet. Auf einem Seminar des Bildungswerks für Alternative Kommunalpolitik (BiWAK) e. V. im Herbst 2013, das ich initiiert und geleitet habe, haben wir überlegt, welche Reformüberlegungen für die Musikschulen sinnvoll sein könnten, um aus diesem Teufelskreis herauszukommen. Ich bin nach wie vor gegen eine Zentralisierung, aber einer Überführung in andere Rechtsformen würde ich mich nicht versperren. Dazu hat mein Mitarbeiter Max Köster ein hilfreiches Papier in meinem Auftrag verfasst:

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/organisationsformen\\_oeffentlicher\\_musikschulen.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/organisationsformen_oeffentlicher_musikschulen.pdf)

Als einer der beiden einzigen Abgeordneten neben Frau Kittler (die Linke) habe ich das Angebot des Staatssekretärs Rackles (SPD) angenommen, für zwei Tage mit Verwaltungs- und Bezirksvertreter\*innen nach Wien zu reisen, um uns dort die sehr viel besser ausgestatteten Musikschulen und Volkshochschulen anzuschauen. Die Erfahrungen von dort werden in unsere weiteren Überlegungen einfließen.

In zwei Anfragen habe ich mich zum einen mit der prekären sozialen Lage von Honorarkräften befasst, die es ja nicht nur an Volkshochschulen und Musikschulen, sondern auch an Universitäten gibt, zum anderen mit der Überlastung der Musikschulverwaltungen durch die neue Honorarverordnung und die fehlende neue Software.

In einer Veranstaltung in der Reihe „Mitgebracht und neugemacht“ haben wir mit Musikschaaffenden überlegt, wie sich Musikschulen mehr interkulturell öffnen können und ihre Bereiche für Weltmusik und global music ausbauen können.

Schriftliche Anfrage von 26.02.2014

**Honorarfortzahlungen bei Beschäftigungsverbot für arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte? (Drs. 17/13292)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13292.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13292.pdf)

Schriftliche Anfrage vom 10.03.2014

**Überlastung der Musikschulverwaltungen (Drs. 17/13379)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13379.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13379.pdf)

Veranstaltung am 25.06.2014:

**multiKULTUR - mitgebracht und neugemacht:  
Interkultur und Multikultur in der Musikschule**

## C) Queerpolitik

Seit rot-schwarz an der Macht ist, gibt es statt der im Koalitionsvertrag versprochenen Weiterentwicklung der Initiative sexuelle Vielfalt (ISV) nur noch Kürzungsdrohungen und in der Folge Abwehrkämpfe dagegen von uns gemeinsam mit den queeren Trägern. So haben wir in den letzten Haushaltsberatungen auch durch von uns mit initiierte Proteste erfolgreich die Kürzung im Bereich Bildung für sexuelle Vielfalt von geplanten 125.000 Euro verhindert. Unser bereits im Mai 2012 eingebrachter konzeptioneller Antrag zur Weiterentwicklung der Initiative sexuelle Vielfalt ist bisher erst mit einer Anhörung bedacht worden. Wir warteten lange, bis zwei erste kleine Anträge der Koalition zur ISV diesen Sommer ins Parlament eingebracht wurden. Auch dazu haben wir gemeinsam mit Linken und Piraten Änderungsanträge eingebracht.

Kleine Anfrage vom 12.03.2014

**Was macht der Runde Tisch gegen Homophobie? (Drs. 17/13399)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_13399rundetisch.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_13399rundetisch.pdf)

Kleine Anfrage vom 20.06.2014

**Was macht das Koordinierungsgremium zur Geschichte von Lesben, Schwulen und transgeschlechtlichen Menschen?**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_14049.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14049.pdf)

Kleine Anfrage vom 15.09.2014

**Vergabe und Koordination von Projekten der Initiative sexuelle Vielfalt (ISV) (Drs. 17/14552)**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17\\_14552.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14552.pdf)

Veranstaltungen:

**Parlamentarischer Regenbogenabend am  
gemeinsam mit der Bundestagsfraktion**

am 9. April 2014

**Zwischen Abschiebung und Anerkennung - Queere Flüchtlinge in  
Berlin**

am 13. Oktober 2014

## **D) Wahlkreis Schöneberger Norden**

### **Wahlkreisbüro:**

Seit Juni 2014 ist mein Wahlkreisbüro mitten im Kiez, in der Kalckreuthstraße 14, 10777 Berlin eröffnet. Durch eine Parlamentsreform haben alle Abgeordneten seit Anfang 2014 die Möglichkeit erhalten, solche Wahlkreisbüros zu unterhalten.

Das Büro ist in der Regel montags bis donnerstags von 11-16 Uhr besetzt. Meine Mitarbeiter Oliver Jütting und Balthasar Busmann sind dort für Sie ansprechbar und beantworten Ihre Fragen gerne oder vereinbaren bei Bedarf einen Termin zur Sprechstunde mit mir.

Ich selbst habe meine **Sprechstunde** dort **mittwochs von 16-18 Uhr**.

Das Büro ist zwar ebenerdig, aber nicht völlig barrierefrei. Wenn Sie in dieser Hinsicht Unterstützung benötigen, sprechen Sie uns an.

Kontakt:

Kalckreuthstraße 14, 10777 Berlin

Telefon: 030 219 62 128 (mit Anrufbeantworter)

E-Mail: buero2.birk@gruene-fraktion-berlin.de

### **Anwohner\*innentreffen:**

Das Wahlkreisbüro wird von den Anwohner\*innen im Kiez wunderbar angenommen. Das Büro ist dabei nicht nur Kontaktstelle zu mir, sondern erfüllt auch eine Vernetzungsfunktion. Seit Oktober fanden auf Initiative von Anwohner\*innen des Kiezes mehrmals ein Anwohner\*innentreffen statt. Schwerpunktthema ist dabei vor allem der Umgang mit den zunehmenden Veränderungen im Motzstraßenkiez.

Dazu wollen Anwohner\*innen in einem Nachbarschaftsprojekt eine mobile Fotoausstellung im öffentlichen Raum organisieren. Diese soll den Wandel und die Besonderheiten des Kiezlebens fotografisch dokumentieren und reflektieren. Somit sollen neue Blicke auf die Nachbarschaft, das Zusammenleben und die Besonderheit der Gegend eröffnet werden und der Zusammenhalt der Bewohner\*innen gestärkt werden.

Zum anderen soll aber auch nach Möglichkeiten gesucht werden, die seit einiger Zeit zunehmenden verbalen und körperlichen Übergriffe im Umfeld des Spielplatz an der Ecke Eisenacher Str. / Fuggerstr. einzudämmen. Der Ort wird seit langem von jungen Sexarbeitern als Aufenthalts- und Anbahnungszone genutzt. Die Anwohner\*innen fordern eine gezielte Ausweitung des Streetworkings auf die Abend- und Nachtstunden, das auch auf die Drogenproblematik und die allgemeine Lebenssituation eingeht. Dies soll mit dazu beitragen, die Situation der jungen Männer und damit auch die allgemeine Lage in der Nachbarschaft entscheidend zu verbessern.

Zu beiden Themenbereichen wurden zusammen Vorschläge zum Bürgerhaushalt erarbeitet und eingereicht.

### **Theater O-TonArt:**

Es liegt zwar knapp außerhalb meines Wahlkreises, liegt mir aber trotzdem am Herzen: Das zwischenzeitlich von Schließung bedrohte Theater O-TonArt scheint vorerst gerettet. Die Gewobag hatte Anfang dieses Sommers die Miete für alle Mietparteien der Kulmer Str. 20a erhöht. Gleichzeitig musste das Theater Nachzahlungen an die Gema und die Künstlerkasse verkraften. Die Finanzierungslücke betrug über 20.000 Euro. Es stand zu befürchten, dass Schöneberg innerhalb kürzester Zeit das vierte Theater verloren hätte, nach dem angekündigten Aus des Puppentheaters Hans-Wurst-Nachfahren durch Auslaufen des Mietvertrags, dem Rausschmiss des Theaters Morgenstern aus dem Rathaus Friedenau und dem geplanten Wegzug des Theaters Strahl aus der Weißen Rose.

Die BVV-Fraktion, der Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen und ich haben uns daraufhin direkt an den Vorstand der Gewobag, Herrn Jellema, gewandt. Damit konnten wir bewirken, dass die Wohnungsbaugesellschaft nochmals in konstruktive Verhandlungen mit dem Theater gegangen ist und am Ende die Mieterhöhung stark reduziert hat.

Die bedrohte Vielfalt des kulturellen Angebots in Schöneberg Nord konnte somit ein Stück weit erhalten bleiben.

### **Lesbenberatung e.V.:**

Ebenfalls von drohenden Mieterhöhungen betroffen ist am gleichen Standort wie das O-Ton-Theater die Lesbianberatung in der Kulmer Str. 20a. Die Gewobag wollte dort die Jahresmiete bis 2017 um über 8000 € erhöhen. Ein Betrag, den der Verein nicht tragen könnte und somit gezwungen wäre die Räume zu verlassen. Die Lesbianberatung e.V. ist ein offener Ort für Frauen, Mädchen und Transsexuelle, mit einem Unterstützungsangebot für unterschiedliche Lebenssituationen. Sie ist nicht nur eine Anlaufstelle mit der Funktion als Beratungs- und Kommunikationszentrum, sondern bietet Hilfestellungen und Therapieangebote für lesbische und bisexuelle Frauen, Mädchen und Transsexuelle.

Die Lesbianberatung darf nicht durch die Mieterhöhung eines landeseigenen Unternehmens ihren Standort verlieren. Auch hier habe ich mich daher zusammen mit meiner Kollegin Anja Kofbinger direkt an Herrn Jellema von der Gewobag gewandt. Ein Ergebnis steht noch aus.

### **Bülowstr. 90:**

Durch intransparentes Vorgehen und die Nichtverlängerung bzw. Kündigung von

Gewerbemietverträgen hat die Gewobag die Mieter\*innen und Bewohner\*innen der Bülowstr. 90 stark verunsichert.

Das Haus in der Bülowstr. 90, wurde und wird von vielen kleinen Unternehmen der Kreativwirtschaft und Künstler\*innen genutzt.

Auf Bitte der Mieter\*innen habe ich bereits im März 2013 eine Kleine Anfrage an den Senat zum Verhalten der Gewobag gestellt. [http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_11823buelow90.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_11823buelow90.pdf)

In der Antwort begründete der Senat die teilweise Entmietung des Hauses mit einer seitens der Gewobag angestrebten neuen Ausrichtung des Hauses. Das Gebäude solle aber weiterhin kreativen Zwecken zur Verfügung stehen. Für mehr Klarheit sorgte diese Aussage leider nicht.

Daraufhin habe ich im Dezember 2013 den damaligen Staatssekretär Gothe (SPD), der gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Gewobag ist, direkt angesprochen. Er sagte, die Gewobag plane dort einen Kulturstandort, wisse aber selbst noch nicht genau, wie dies im Detail aussehen solle. Auf Nachfrage wusste er nichts von einer möglichen Übertragung auf die Stiftung der Gewobag, über die mittlerweile spekuliert worden war, und versicherte, dass es auch nicht Ziel der Stiftung sei Liegenschaften der Gewobag zu übernehmen.

Er hat mir jedoch zugesagt, dass er die Gewobag bitten werde, zukünftig mehr Transparenz walten zu lassen und mindestens Frau Dr. Klotz über Vorgänge direkt zu informieren.

### **Nollendorfplatz:**

Der Nollendorfplatz ist mit seinen vier U-Bahnlinien und den sechs abgehenden Straßen das Eingangstor zum Schöneberger Norden. Seine Verschönerung liegt mir daher persönlich sehr am Herzen. Nunmehr schon seit drei Jahren kümmern sich mein Mann Rudolf Hampel als Vorstandsmitglied von Mann-O-Meter und die Gruppe 45 + des Vereins Mann-O-Meter um dessen Bepflanzung und Verschönerung. In Herbst 2013 haben wir bei einer Pflanzaktion auf der Nordseite des Platzes weitere mit bunten Blumen bepflanzte Beete angelegt. Ich bin immer wieder mit Freude bei den Aktionen mit dabei. Und wer diesen Sommer am Nollendorfplatz vorbeigekommen ist, konnte sehen, in welcher Blütenpracht er mittlerweile erstrahlt.

### **Maaßenstraße:**

Im Zuge der Proteste von Bürger\*innen in der Maaßenstraße, hat es einige Fortschritte gegeben. Auf Initiative der grünen Stadträtin, Frau Dr. Klotz, sind weitere Gastronomiebetriebe in der Maaßenstraße untersagt. Der Eingang zur Fußgängerzone in der Nollendorfstraße ist mit Fahrradbügeln versehen, so dass dort keine Autos mehr reinfahren können.

Die Bauarbeiten zum Umbau der Maaßenstraße sollen noch vor Ende des Jahres beginnen. Die Maaßenstraße ist die erste von drei geplanten „Begegnungszonen“-Modellprojekten in Berlin. Nach zwei konstruktiven Bürger\*innen-Versammlungen im November 2012 und Juni 2013 gab es noch zwei Workshop Veranstaltungen im November 2013 und Januar 2014 sowie das Online-Portal [begegnungszonen.berlin.de](http://begegnungszonen.berlin.de), auf denen die Ideen und Anregungen der Anwohner\*innen gesammelt und anschließend in den Planungsverlauf miteinbezogen wurden.

Die Umbaumaßnahmen werden hoffentlich dazu beitragen, dass sich die enge Geh- und Radwegsituation deutlich verbessert und laute und gefährliche „Auto Show-Fahrten“ schwieriger möglich sind. Durch eine Vereinbarung sollen die Schankvorgärten der Gastronomie sich nicht ausweiten können. Bei allen Bedenken, die es zu diesem Projekt von Seiten der Anwohner\*innen und Gewerbetreibenden und auch mir persönlich gibt, bin ich der Meinung, dass wir dieses Experiment, das uns zudem vom Senat „geschenkt“ wird, wagen sollten. Es gibt im Zweifelsfall die Möglichkeit, die Maßnahmen zurückzubauen.

### **Bebauung des Innenhofes Motzstraße 14-16:**

Die Wohnungsknappheit ist insbesondere in Tempelhof-Schöneberg ein drängendes Problem. Im Jahr 2013 ist der Anteil der vorhandenen Wohnungen im Bezirk sogar nochmals leicht gesunken. Dies liegt auch daran, dass Schöneberg bereits ein sehr dicht besiedeltes Gebiet ist. Trotz dieser hohen Dichte finde ich es prinzipiell richtig, dass auch bei uns in Schöneberg Nord neue Wohnungen gebaut werden. Umso wichtiger ist es aber auch, dass auch auf die Belange der von Neubauprojekten betroffenen Nachbar\*innen Rücksicht genommen wird, um das nachbarschaftliche und soziale Miteinander im Kiez nicht aus den Fugen zu bringen. Dies ist leider bei dem Neubauvorhaben im Blockinnenbereich der Motzstr. 14-16 nicht passiert.

Der Neubau im Innenbereich zwischen Motzstraße und Eisenacherstraße wird leider zur Verschattung einiger Wohnungen in der Eisenacher Straße führen. Die gesetzlichen Abstandsflächen sollen zwar eingehalten werden, trotzdem wird der Bau sehr dicht an die bestehenden Häuser anschließen. Ein Teil des Grüns aus dem Hinterhof ist dem Bau zum Opfer gefallen. Die Wohn- und Lebensqualität der betroffenen NachbarInnen wird damit eingeschränkt. Da die AnwohnerInnen von Seiten des Bauherren keinerlei und seitens der zuständigen Verwaltung nur spärliche Informationen über das Bauprojekt erhalten konnten, haben sie sich an mich gewandt. Ich habe mich daraufhin direkt mit dem Leiter des Stadtentwicklungsamts Herrn Kroll in Verbindung gesetzt und um Aufklärung und volle Transparenz der Verwaltungsvorgänge gebeten. Es wurde ein Fragekatalog beantwortet, die Antworten auf weitere Fragen stehen noch aus.

Ich stehe in engem Kontakt mit den betroffenen Anwohner\*innen und unterstütze sie gerne dabei, Informationen zu diesem Neubau zu erhalten.

### **Asbest:**

Laut Senat waren 2013 noch in 48.000 landeseigene Wohnungen Asbeststoffe vorhanden. Auch im Schöneberger Norden sind Mieterinnen und Mieter von Asbest belasteten Wohnungen der Gewobag betroffen. Im Nollendorfkiez kämpfen Mieterinnen und Mieter seit Anfang 2012 für die sachgerechte Sanierung ihrer Wohnungen. Der Senat und die Wohnungsbaugesellschaften haben sehr lange die Gesundheitsgefahr für Bewohner\*innen und Arbeitnehmer\*innen ignoriert, die insbesondere von asbesthaltigen Bodenplatten ausgeht. Sie sind bei der Verlegung meist zugeschnitten worden, also seither schädlich, nun aber insbesondere durch Verschleiß eine Gefahr durch Asbestfaseremissionen.

Ich habe von Anfang an nach Kräften versucht die Anwohner\*innen zu unterstützen, habe die Treffen der Initiative besucht, mich mehrmals mit der Gewobag in Verbindung gesetzt und zusammen mit Andreas Otto (Sprecher für Bauen und Wohnen) und Silke Gebel (umweltpolitische Sprecherin der Fraktion) das Thema ins Abgeordnetenhaus getragen (Kleine Anfragen: 24.04.12 - Drucksache 17/0293, 12.12.12 Drucksache 17/11344, 17.01.2013 Drucksache 17/20247, 30.05.13 Drucksache 17/20360, 20.06.13 Drucksache 17/12300 und 17/12292, 05.12.13 Drucksache 17/1370, mündl. Anfragen: 21.02.13 Plenarprotokoll 17/27, Fachgespräch Bündnis90/Die Grünen 11.09.2013 „Asbest in Wohngebäuden“).

Wir werden nicht aufhören das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, bis der Senat endlich aufhört die Gefahr von Asbest-Vinylplatten zu verharmlosen, sondern endlich damit beginnt, ein Register aller asbestbelasteten Wohngebäude zu erstellen, die betroffenen Bewohner\*innen umfassend zu informieren und einen Sanierungsfahrplan für betroffene Gebäude vorlegt. Dazu haben im Dezember letztes Jahres Andreas Otto und Silke Gebel nochmals eine Große Anfrage an den Senat gestellt (Drucksache 17/1370), welche bei der Plenarsitzung vom 20. Februar 2014 behandelt wurde.

Infolge dessen hat sich die SPD-Abgeordnete Spranger an mich und einen Mieter gewandt und Gesprächsbereitschaft gezeigt. Es kam zu einem gemeinsamen Treffen mit dem Gewobagchef,

Herrn Jellema, und dem betroffenen Mieter.

Die vielen Anstrengungen, die die Mieterinnen und Mieter sowie meine Fraktion im Abgeordnetenhaus unternommen haben, haben das Thema Asbest wieder in die Öffentlichkeit gebracht und setzen die Wohnungsbaugesellschaften und den Senat zunehmend unter Druck. Dazu tragen auch die über 400 Klagen von Asbest betroffenen Mieter\*innen gegen die Gewobag bei. Die Gewobag hat immerhin versprochen, die Asbest-Sanierungen genauer zu überwachen und schneller bei gebrochenen Asbest-Platten zu reagieren. Trotzdem kommt es immer wieder zu Zwischenfällen, bei denen nicht fachgerecht saniert wird. Auch auf Beschwerden und Hinweise der Mieter\*innen wird immer noch zu häufig nicht eingegangen.

Der Senat hat nach über zwei Jahren teilweise reagiert und gibt jetzt wenigstens eine Informations-Broschüre zum Thema Asbest in Wohngebäuden heraus.:

[http://www.berlin.de/imperia/md/content/batempelhofschoeneberg/abtgesstadtqm/ges/ges\\_fb1/asbest\\_infoblatt.pdf?start&ts=1412271362&file=asbest\\_infoblatt.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/batempelhofschoeneberg/abtgesstadtqm/ges/ges_fb1/asbest_infoblatt.pdf?start&ts=1412271362&file=asbest_infoblatt.pdf)